

11.09.2013

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1543 vom 14. August 2013
des Abgeordneten Hendrik Wüst CDU
Drucksache 16/3777

Nachfragen zur Novelle des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen

Die Ministerpräsidentin hat die Kleine Anfrage 1543 mit Schreiben vom 10. September für die Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr und dem Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz beantwortet.

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk vom 03.07.2013 stellte die Staatskanzlei den Abgeordneten die Novelle des Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP-NRW) vor. Die zahlreichen Fragen der Abgeordneten konnten jedoch in der nachfolgenden Fragerunde nicht ausreichend beantwortet werden.

So heißt es in der Erläuterung zu Ziel 6.1-11 des LEP-NRW: „Die Regionalplanungsbehörde ermittelt den Bedarf an Allgemeinen Siedlungsbereichen und Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen auf der Grundlage einer landeseinheitlichen Methode“. Auf die Frage, ob es sich bei dieser Methode um den inzwischen zurückgezogenen Siedlungsflächenbedarfsermittlungserlass handle, der auf dem Gutachten von Professor Vallée beruht, teilte die Staatskanzlei lediglich mit, dass es nicht um Vallée gehen würde. Welche Methode aber verwendet wird, ließ die Staatskanzlei offen.

Ebenso fraglich ist, wie der Grundsatz 6.1-8 „Wiedernutzung von Brachflächen“ genau zu verstehen ist: „Eine Neudarstellung von Siedlungsflächen auf Freiflächen soll nur erfolgen, wenn auf der Grundlage des Siedlungsflächenmonitorings nachgewiesen wird, dass keine geeigneten Brachflächen zur Verfügung stehen“, heißt es im LEP-NRW. Unklar ist, wo die Entscheidungskompetenz liegt, ob eine Brachfläche geeignet ist oder nicht. Auch ist ungeklärt, in welcher Raumdimension der Nachweis geführt werden muss.

Datum des Originals: 10.09.2013/Ausgegeben: 16.09.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de
--

Vorbemerkung der Landesregierung

Das Aufstellungsverfahren für einen neuen Landesentwicklungsplan (LEP) ist gesetzlich geregelt. Ziel 6.1-1 des LEP-Entwurfs legt fest, dass die gesamte Siedlungsentwicklung bedarfsgerecht und flächensparend an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotentialen auszurichten ist. Gemäß Ziel 6.3-1 ist für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Der LEP gibt damit den Rahmen für die Methoden zur Berechnung des Flächenbedarfs vor. Das Aufstellungsverfahren für einen neuen LEP läuft zurzeit.

1. *Nach welcher landeseinheitlichen Methode sollen die Regionalplanungsbehörden zukünftig den Bedarf an Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzung ermitteln?*

Ziel ist eine Vereinheitlichung der derzeit methodisch unterschiedlichen Vorgehensweisen in den Planungsregionen. Dabei wird den bisher angewandten Methoden, den regionalen Unterschieden bei der Wirtschaftsstruktur, der Topografie und dem Flächenschutz, insbesondere den wieder nutzbaren Brachflächen Rechnung zu tragen sein. Der Dialog zu einer sachgerechten Methode ist noch nicht abgeschlossen.

2. *Wer entscheidet zukünftig, ob eine Brachfläche für ein Vorhaben „geeignet“ ist?*

3. *Wie ist der erforderliche Nachweis nach Grundsatz 6.1-8 künftig zu führen?*

Im Siedlungsflächenmonitoring werden alle planerisch verfügbaren Reserveflächen erfasst; falls es sich um eine Brachfläche handelt, wird dies vermerkt. Die Gemeinden haben die Möglichkeit, weitere Angaben zur Eignung und Verfügbarkeit zu erfassen.

Die Voraussetzungen für die Eignung einer Brachfläche sind in der Begründung zum Grundsatz genannt. Danach hat sich die Ermittlung einer geeigneten Nachfolgenutzung insbesondere nach den umgebenden Raumnutzungen und -funktionen zu richten. Weiterhin ist eine frühzeitige, der Planungsebene entsprechende Abklärung des Altlastenverdachts Voraussetzung zur Feststellung der Eignung. Dabei muss der Aufwand für die Wiedernutzung wirtschaftlich vertretbar sein.

4. *Sind bei der Überprüfung von geeigneten Brachflächen nur solche der Gemeinde zu prüfen, in der das Vorhaben verwirklicht werden soll oder müssen auch Brachflächen in angrenzenden Gemeinden, im gesamten Kreis oder gar im gesamten Regionalplanungsbezirk geprüft werden?*

Zu den Nachfolgenutzungen regionalbedeutsamer Brachflächen soll gemäß Grundsatz 6.1-8 ein regionales Konzept erarbeitet werden. Der räumliche Einzugsbereich sowie die zu beteiligenden Stellen sind in den Erläuterungen zum Grundsatz beschrieben.

Soweit Bereiche für gewerbliche oder industrielle Nutzungen geplant sind, ist Grundsatz 6.3-4 „Interkommunale Zusammenarbeit“ zu berücksichtigen.